

## **USA - Gewerkschaften in der Klemme**

---

George Günther Eckstein beobachtet seit vielen Jahren die Entwicklung der industriellen Beziehungen in den USA für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Bereits 1981, am Ende des ersten Jahres des Reagan-Regimes, war eindeutig klar: Im Rahmen der amerikanischen gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, und gerade auch in der Sicht der Gewerkschaften, stellte das neue Regime alles andere als ein „Randproblem“ dar, wie es einem Kritiker aus der Ferne erscheinen mochte. Es mußte als Bruch mit einer in beinahe fünf Jahrzehnten erkämpften und ausgebauten Sozialpolitik empfunden werden, und als offener Angriff auf die gewerkschaftliche Organisierung. Langfristige Strukturwandlungen traten in dieser Situation in den Hintergrund.

Denn hier war durch eine Kombination von Umständen — teils fundamentalen, teils mehr zufälligen — ein Ideologe ans Ruder gekommen, der im Gegensatz zu seinen republikanischen Vorgängern Eisenhower, Nixon und Ford,

eine Rückkehr zum ungefesselten privaten Unternehmertum und zur Einschränkung fast aller wohlfahrtstaatlichen Institutionen anstrebte. Gewiß, bei der Einengung des Verhandlungsspielraums der Gewerkschaften spielte die geschwächte wirtschaftliche und politische Machtposition Amerikas in der Welt — z. B. die Demütigung durch die Geiselhaltung in Iran bei Reagans Wahlsieg - ebenso eine Rolle wie die erstarkte ausländische industrielle Konkurrenz. Aber die vom Reagan-Regime geschaffenen Probleme erforderten die unmittelbare Aufmerksamkeit. Wie stehen die Dinge am Ende des zweiten Reagan-Jahres?

#### Kürzung der Sozialausgaben, Versagen der Wirtschaftspolitik: erschwerte Rahmenbedingungen der Gewerkschaftspolitik

Zunächst ist festzustellen, daß die Gewerkschaften bei der Regierung weiterhin auf eine feindselige, vielleicht schlimmer noch: auf eine gleichgültige Haltung stoßen. Im Arbeitsministerium, der normalen Kontaktstelle, waltet weiterhin als Minister der Bauunternehmer Donovan, obwohl dieser nur mit Mühe vom Vorwurf der Beteiligung an der Bestechung eines korrupten Gewerkschaftsführers entlastet werden konnte. Infolgedessen müssen die Gewerkschaften ihre Einflußnahme auf den Kongreß und dessen einschlägige Komitees ausrichten. Auf diesem Weg gelang es immerhin, den Versuch zur Aufhebung oder Schwächung mancher Arbeitsgesetze zu verhindern, insbesondere die Einführung eines niedrigeren Mindestlohns für Jugendliche. Auch Wohlfahrtsgesetze und -einrichtungen wurden im wesentlichen nicht abgeschafft. Stattdessen hat die Regierung durch wiederholte Abstriche an deren Budgets Einschränkungen erreicht, die bei einzelnen Programmen de facto einer Beseitigung gleichkommen: Reduzierungen von über 70 v. H. bei CETA (öffentliche Arbeitsbeschaffung für Jugendliche) und Legal Aid for the Poor (Juristische Beratungsbüros in Armutsvierteln). Erhebliche Abstriche wurden auch an Programmen wie Schulspeisung, Lebensmittel- und Mietzuschüssen für Minderbemittelte vorgenommen. Ein ähnliches Ergebnis bewirkte die Übertragung der Verantwortung mancher Wohlfahrtsprogramme von der Bundesregierung auf die Einzelstaaten. Versteckt hinter der ideologischen Maske eines „Neuen Föderalismus“, handelt es sich dabei nur um eine Abschiebung eines Großteils der Kosten und eine Ablenkung der Unzufriedenheit über die Kürzungen auf die einzelstaatlichen Behörden. Verständlicherweise stieß das selbst bei republikanischen Gouverneuren auf geringe Begeisterung.

Die Kürzungen der Wohlfahrtsprogramme treffen in erster Linie die ärmsten Schichten, bei denen nicht zufällig auch die Wahlbeteiligung am geringsten ist. Die organisierten Arbeitnehmer waren davon meist nicht unmittelbar

betroffen; indirekt sind die Maßnahmen aber auch für sie von Bedeutung. Direkt betroffen wurden die Gewerkschaften dagegen von der Kürzung der Fristen für die Erwerbslosenunterstützung von 36 auf 26 Wochen, sowie durch die Einschränkung der von Präsident Carter eingeführten zusätzlichen 13-Wochen-Hilfe für langfristig Arbeitslose. Letztere wurde unter Reagan nun an Vorbedingungen gebunden, die sie de facto derzeit nur in einem Drittel der Einzelstaaten anwendbar machen. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, wo infolge der sich mehrenden Betriebsschließungen die offizielle Arbeitslosenrate fürs ganze Land auf 10,4 v. H. gestiegen ist (gegen 7 v. H. am Ende des Carter-Regimes) und damit den höchsten Stand seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht hat. Allein seit Anfang September 1982 wurden *wöchentlich* etwa 700000 *Neuanträge* auf Erwerbslosenunterstützung eingereicht. Dazu muß man wissen, daß die offizielle Statistik nur die Arbeitslosen erfaßt, die weiterhin nach Arbeit suchen. Wer die Arbeitssuche enttäuscht aufgegeben hat, wird nicht mitgezählt. Würden sie mitgezählt, so würde sich die Zahl der Arbeitslosen von 11,6 auf 13,5 Millionen, die Rate von 10,4 v. H. auf etwa 12 v. H. erhöhen.

Sozialprogramme, welche weite Kreise des Mittelstands berühren (dessen Wahlbeteiligung weit höher liegt), wurden dagegen bisher mit Vorsicht behandelt. Das gilt insbesondere für die Alters- und Hinterbliebenen-Rente, bei der die laufenden Beiträge — zum Teil gerade infolge der steigenden Arbeitslosigkeit - nicht länger die Zahlungen decken und der Reservefonds beinahe aufgezehrt ist. Erste Andeutungen von Leistungskürzungen und Beitragserhöhungen erregten solche Unruhe, daß man die Entscheidung darüber auf die Zeit nach den Wahlen verschoben hat. Bis dahin soll eine paritätische Sonderkommission ihre Empfehlungen vorlegen. Es wird hier wohl zu einer Kombination beider erwähneter Methoden kommen müssen. Denn schon für die November-Zahlung muß der Fonds eine Milliarde Dollar borgen, und die Heranziehung von Zuschüssen aus dem allgemeinen Etat scheint zumindest unter der gegenwärtigen Regierung nicht denkbar.

Dies um so weniger als ihre Defizite Rekordhöhen erreichen und Reagan sich bisher hartnäckig der einzigen Möglichkeit ihrer Senkung widersetzt — der Eindämmung der Rüstungsausgaben. Das erste unter Reagan ausgearbeitete Etatjahr schloß soeben, nicht zuletzt dank der großzügigen Steuersenkungen für die Reichen und die Wirtschaft, mit einem Defizit von 110 Mrd. Dollar ab - mehr als doppelt so hoch wie die ursprüngliche Schätzung des Budgetdirektors. Für die nächsten beiden Jahre wird schon jetzt mit Defiziten von je 150 Mrd. gerechnet - Schätzungen, die zweifellos ebenfalls zu niedrig gehalten sind. Es ist schier unfaßbar, wenn man heute lesen kann (New York Times Magazine, 24. Oktober 1982), mit welcher Schludrigkeit das Budget aufgestellt wurde;

wie man sich die Konjunkturschätzungen und die darauf beruhenden Ziffern für Einnahmen und Ausgaben aus den Fingern sog; wie Fachleute wider besseres Wissen — voran Budgetdirektor Stockman und Finanzminister Regan — sich Ronald Reagans ebenso hartnäckigem wie unwissenden Glauben an die Heilslehre der Supply-Side-Economics unterwarfen; wie das Budget schließlich einem sich zunächst widersetzenden Kongreß abgehandelt wurde — mit Hilfe weiterer Steuergeschenke an führenden Senatoren und Abgeordneten nahestehende Sonderinteressen.

Inzwischen hat „Reaganomics“, die widersprüchliche Verknüpfung von investitionsorientierter Steuersenkung der Supply-Sider mit investitions hindernder Zinsschraube der Monetaristen, den voraussehbaren Schiffbruch erlitten: die schwerste Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren, verbunden mit der höchsten Arbeitslosigkeit und der höchsten Zahl von Firmenbankrotten; mit einer zu wenig mehr als zwei Drittel ausgenutzten industriellen Kapazität (bei Stahl nur zu 40 v. H.); damit verbunden sind eine Senkung der Produktivität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, sowie eine Senkung der Gewinne und vielfach deren Verwandlung in Millionenverluste. Das Großkapital kann sich immerhin noch mit Reagens bewußt die Reichen begünstigenden Steuerreform trösten; aber angesichts der ungenügend ausgenützten Kapazität denkt es nicht an die von ihm erwartete Stimulierung der Investitionen. Die Gelder fließen stattdessen in finanzielle Spekulation und unproduktive Firmenzusammenschlüsse. Die meisten Arbeitnehmer sehen ihr Realeinkommen durch Inflation und Kurzarbeit gesenkt, ihren Arbeitsplatz von Entlassung oder Betriebsstillegung bedroht. Erst neuerdings senkten sich Zinssätze und Inflationsrate; aber dieser Rückgang ist mit einer schweren Dauerkrise teuer bezahlt, und es wird erwartet, daß die Zinssätze nach der Novemberwahl angesichts der Bundesdefizite erneut steigen.

#### Massenarbeitslosigkeit, technischer Wandel, innerorganisatorische Strukturveränderungen: die Gewerkschaften vor schwerwiegenden Herausforderungen

Die Verbindung des scharfen politischen Kurswechsels mit einer ebenso scharfen Wirtschaftskrise hat die Bewegungsfreiheit der ohnedies nur ein Fünftel der Arbeitskräfte erfassenden Gewerkschaften erheblich eingeschränkt. Angesichts der zahlreichen Stilllegungen mußten sich die Gewerkschaften gerade in den bestorganisierten Massenindustrien zu Zugeständnissen bereit erklären: in der Stahl- und Autoindustrie, im Bergbau, Transport- und Baugewerbe. Ein typisches Beispiel für die herrschende Atmosphäre waren vor wenigen Wochen die Verhandlungen zwischen der UAW (United Auto Workers) und Chrysler, einem traditionell eher konzilianter Verhandlungspartner.

Chrysler konnte bekanntlich vor zwei Jahren nur durch ein staatlich garantiertes Darlehen von mehreren Millionen Dollar vor dem Zusammenbruch gerettet werden. Zu dessen Voraussetzungen gehörten erhebliche Lohnkonzessionen seitens der Belegschaft. Als Gegenleistung erhielt Donald Fräser, der Vorsitzende der UAW, einen Sitz im Aufsichtsrat, ein für Amerika epochemachender Schritt. Seitdem fielen die Löhne der Chrysler-Arbeiter um etwa 20 v. H. hinter den Löhnen ihrer Kollegen bei Ford und General Motors zurück. Im letzten Quartal konnte Chrysler nach Jahren erstmals wieder einen kleinen Gewinn ausweisen. Die Belegschaft hoffte also, bei den neuen Tarifverhandlungen etwas aufholen zu können. Als einziges Zugeständnis konnte die Gewerkschaft aber nur die Wiederaufnahme der Anpassung an den Lebenshaltungsindex erreichen; die ursprünglich für das laufende Jahr vorgesehene Aufbesserung der Grundlöhne wurde vom Chrysler-Management mit Rücksicht auf die noch immer prekäre Finanzlage verweigert. Der neue Tarifvertrag wurde daraufhin von der Belegschaft mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Ein Streik jedoch wurde bei der darauffolgenden Streikabstimmung mit 70 v. H. der Stimmen abgelehnt. Neue Tarifverhandlungen wurden auf Anfang 1983 vertagt — man hofft bis dahin auf günstigere Konjunkturbedingungen.

Die vom Arbeitsministerium geführte Streikstatistik spiegelt die Auswirkung der durch die Reagan-Politik verschärften Wirtschaftskrise wider: Schon 1981 war im Vergleich zum Durchschnitt des vorangegangenen Jahrfünfts die Zahl der Streiks um ein Drittel zurückgegangen, ebenso die Zahl der an ihnen beteiligten Arbeiter und der verlorenen Arbeitstage. In den ersten sieben Monaten von 1982 sank im Vergleich zur Vorjahreszeit die Zahl der Streiks um weitere 50 v. H., die Zahl der an ihnen Beteiligten und der verlorenen Arbeitstage gar auf ein Viertel.

Wie 1981 der Streik der Luftpiloten, so wird in diesem Jahr der hartnäckigste Streik von einer kleinen, untypischen, hochbezahlten Gruppe geführt: den Berufs-Football-Spielern. Diese Sportler, deren Jahresgehälter mit Nebenverdiensten aus Reklamegeldern in die Hunderttausende gehen, streiken um einen höheren Anteil an den Fernseheinnahmen aus ihren Spielen. Der Streik beraubt seit Wochen Millionen von Football-Fans ihres größten Sonntagsvergnügens am Bildschirm. Wie kein anderer Arbeitskampf wird das Auf und Ab der Verhandlungen seitenlang in den Tageszeitungen verfolgt, ist aber natürlich für die eigentliche Gewerkschaftsbewegung bedeutungslos.

Die Statistik der neu abgeschlossenen Tarifverträge zeugt ebenfalls vom wahren Kräfteverhältnis. 1981 sahen sie noch wie im vorausgegangenen Jahr Lohnerhöhungen von durchschnittlich 10 v. H. vor. Die unterm Durchschnitt liegenden Abmachungen konnten also nicht mit der Inflation Schritt halten. Im

ersten Halbjahr 1982 sanken die Neuabschlüsse auf durchschnittlich 2,5 v. H., also auf weniger als die Hälfte der inzwischen ebenfalls rückläufigen Wachstumsrate der Lebenshaltungskosten. Im öffentlichen Dienst, dem einzigen Sektor noch wachsender gewerkschaftlicher Organisierung, ist das Bild nach einigen trüben Jahren etwas günstiger: Hier sahen die in diesem Jahr bisher abgeschlossenen Verträge Gehaltserhöhungen von 6 bis 8 v. H. vor, etwa dreimal soviel wie in der Privatindustrie. Die Gesamtzahl der öffentlichen Angestellten fiel zwar erstmals seit 1945 ein wenig - um 1,5 v. H. Aber dieser Sektor ist nicht besonders von Arbeitslosigkeit bedroht.

Innerhalb der Gewerkschaften macht sich die Entwicklung bei der Basis in einer Mischung von Empörung und Resignation bemerkbar. Douglas Fräser, der demnächst in Pension gehende, umsichtige Leiter der UAW, konnte die durch den Chrysler-Pakt geschaffene Erregung noch eindämmen. In anderen Gewerkschaften, u. a. bei den Stahlarbeitern und Bergarbeitern, in der chemischen, Elektro- und Gummi-Industrie, offenbart sich die Unzufriedenheit vieler Mitglieder in Versuchen organisierter Opposition gegen die bestehende Führung und in dem Bemühen, sie durch eine neue zu ersetzen — angesichts der oft autokratischen Struktur vieler U. S.-Gewerkschaften keine leichte Aufgabe. Die Bergarbeiter gehören zu den wenigen größeren Gewerkschaften, in denen die Vorstandswahl durch Urabstimmung stattfindet. Hier hat die Opposition Aussichten, sich bei der kommenden Wahl durchzusetzen. Im allgemeinen pflegt der amtierende Vorstand die oft nur jedes zweite Jahr stattfindenden Delegiertentagungen zu beherrschen. Um eine organisierte Opposition zu erschweren, haben bedrohte Vorstände neuerdings Satzungsbestimmungen durchgesetzt, die den Kandidaten für Gewerkschaftsposten die Annahme von „Outsider“-Geldern verbieten.

Kein Wunder, daß die Gewerkschaften *organisatorisch* (natürlich nicht politisch) zu den stabilsten, man kann sogar sagen konservativsten Institutionen Amerikas zählen. Das kommt auch im Mitgliederstand zum Ausdruck. Obwohl zwischen 1971 und 1982 die Zahl der Beschäftigten um 20 Millionen stieg, ging die Mitgliederzahl der Gewerkschaftsbewegung in dieser Zeit von 22 auf 20 Millionen zurück. Die Gründe dafür liegen in erster Linie zweifellos in einer ungenügenden Anpassung an die sich verändernde Struktur des Arbeitsmarkts: der ständige Rückgang des industriellen Sektors und seine Überflügung durch den Dienstleistungssektor, der Fabrikarbeiter gegenüber den Angestellten, und nicht zuletzt der Zustrom von etwa 12 Millionen Frauen auf den Arbeitsmarkt. Mitgliederrückgang und steigende Erwerbslosigkeit machen sich bei den Gewerkschaften auch finanziell bemerkbar. So hat die Gewerkschaftszentrale ihre ohnehin etwas dürftige Monatschrift „Federalist“ vor einigen Monaten eingestellt. Sie erscheint nur noch einmal im Monat als Beila-

ge der Wochenzeitung „AFL-CIO News“. Hatte der „Federalist“ noch gelegentlich Artikel und Analysen mehr grundsätzlicher Natur gebracht, so beschränkt sich die „News“ weitgehend auf meist kommentarlose Wiedergabe offizieller Verlautbarungen der Gewerkschaftszentralen. Ernsthaft gewerkschaftliche Probleme werden nur selten angeschnitten; diese findet man eher in linken Zeitschriften wie „Dissent“ und „Nation“ behandelt, oder von klugen Labour-Journalisten wie A. H. Raskin.

Mit dem Tod Jerry Wurfs von der Gewerkschaft Öffentlicher Angestellter ist einer der wenigen Gewerkschaftsführer ausgeschieden, die gelegentlich in Gewerkschaftsgremien und in der Öffentlichkeit als Kritiker auftraten. Immerhin hat mit Lane Kirkland ein äußerst kluger, manchmal vielleicht sogar zu subtiler Mann die Führung des Dachverbandes übernommen, und in einer Reihe von Großgewerkschaften ist in den letzten Jahren die alte Garde durch beweglichere jüngere Leiter abgelöst worden, etwa mit dem in der anti-nuklearen Bewegung aktiven Winpisinger bei der IAM (Metallarbeiter) und Glen Watts bei den CWA (Kommunikations-Arbeiter), um nur zwei Namen herauszugreifen. Kirkland hat den Gewerkschaftsbund zwar in die ILO zurückgeführt, hält aber weiterhin an der scharf antisowjetischen Haltung seines Vorgängers fest, und viele Einzelgewerkschaften vermeiden bisher eine Stellungnahme zur Frage des beiderseitigen „Freeze“ (Einfrierens) in der nuklearen Rüstung. Immerhin setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, daß die enorme Steigerung der Militärausgaben letzten Endes nur auf Kosten der Sozialleistungen durchführbar ist.

Für die in einer Periode relativer wirtschaftlicher Stabilität aufgewachsene Generation der heutigen Gewerkschaftsmitglieder ist die jetzige Wirtschaftskrise eine bittere Erfahrung. Die höchste Erwerbslosigkeit seit 1940, deren Ende noch nicht abzusehen ist, hat insbesondere auch die Kerngruppe der erwachsenen Männer erfaßt. Deren Arbeitslosenrate ist erstmals auf 7 v. H. gestiegen. Mehr noch: Über diesen Familienvätern schwebt das Damoklesschwert weiterer Massenentlassungen. Nur eine staatliche Arbeitsbeschaffung könnte hier Abhilfe bringen. Eine solche hat Reagan aber aus prinzipiellen Gründen verweigert; im Gegenteil, die noch bestehenden Programme wurden von ihm so gut wie eingestellt. Noch mehr als bisher schon müssen daher die Gewerkschaften ihren Einsatz auf das politische Feld verlegen.

Angesichts ihrer geschwächten Beziehungen zu den gegenwärtigen Regierungsorganen konzentriert sich diese Einflußnahme auf die Legislative, auf Senat und Repräsentantenhaus und deren Komitees; auch hier unter den obwaltenden Umständen zunächst defensiv. Die Abwehr einiger gewerkschaftsfeindlicher Reformen wurde bereits erwähnt; ebenso die teilweise Ret-

tung einiger Sozialprogramme. Das zur Zeit wichtigste Anliegen verschiedener Großgewerkschaften sind Schutzmaßnahmen gegen die Auslandskonkurrenz, insbesondere in der Stahl- und Automobil-Industrie. Eine verständliche Reaktion, die allerdings nicht ohne Gefahren ist. Denn das Eindringen japanischer Automobile und Fernsehapparate oder europäischer Stahlprodukte ist ja weniger auf fremde Subventionen als auf die Rückständigkeit vieler amerikanischer Produktionsanlagen und Produktionsmethoden zurückzuführen. Das Lohngefälle spielt heute in diesen Industrien kaum mehr eine Rolle; nur noch — im Vergleich zur Dritten Welt — in Leichtindustrien wie Elektronik und Textilverarbeitung. Damit stellt sich ein insgesamt schwieriges Problem; denn protektionistische Maßnahmen fordern auf die Dauer den amerikanischen Export schädigende Schritte anderer Länder heraus.

Der aussichtsreichste Ausweg scheint in der Ermutigung ausländischer Firmen zur Errichtung von Zweigfabriken in den USA zu liegen, wie das in den letzten Jahren u. a. bei den Hoechstwerken, Michelin, Sony, Volkswagen und neuerdings Honda geschah. Die Automobilgewerkschaft hat in dieser Richtung einen weiteren Vorstoß mit einem Gesetzentwurf gemacht, der besonders auf die japanische Autoindustrie zielt, die in diesem Jahr beinahe ein Drittel des amerikanischen Automobilmarkts erobert hat. Danach sollen die größten Lieferanten gezwungen werden, allmählich den amerikanischen Markt aus amerikanischen Werken zu beliefern, mit einem wachsenden Anteil von in Amerika fabrizierten Einzelteilen. Gleichzeitig soll der Tendenz der amerikanischen Autofirmen, amerikanische durch importierte Bestandteile zu ersetzen, Einhalt geboten werden. Der Gesetzentwurf der UAW stößt vorerst auf erheblichen Widerstand und wird, wenn überhaupt, nur in abgeschwächter Form verabschiedet werden.

Ein anderer Weg, die Folgen der durch Außenhandelsbeziehungen erzeugten Dauerarbeitslosigkeit in bestimmten Industriezweigen zu mildern, wäre die staatliche Förderung der Umsiedlung und der Umstellung auf andere Gewerbebezweige. Zu diesem Zweck hatte Präsident Carter ein Programm der „Trade Adjustment Assistance“ geschaffen, der staatlichen Hilfe zur Umschulung der von importverursachten Massenentlassungen Betroffenen. Dieses Programm wurde von Reagan durch die Kürzung der Mittel von 122 Millionen (1980) auf 25 Millionen (1981) de facto annulliert: Die Zahl der anspruchsberechtigten Teilnehmer fiel in dieser Zeit von 560000 auf 24000.

Der Einfluß der Labour-Lobby im Kongreß war freilich seit der Wahlniederlage vieler fortschrittlicher demokratischer Abgeordneter in der Reagan-Wahl geschwächt worden. Um so intensiver setzten die Gewerkschaften ihre finanziellen und organisatorischen Mittel bei den diesjährigen Wahlen zum

Kongreß ein, und zwar erstmals in größerem Maßstab bei der Kandidaten-Aufstellung und -Auslese in den Vorwahlen. Die PAC (Politischen Aktions-Comitees) der Gewerkschaften, die die Gelder direkt an die Wahlkampf-Organisationen der einzelnen Kandidaten verteilen, können allerdings im Umfang ihrer Mittel nicht entfernt mit denen der gewerblichen Verbände und neuerdings der einzelnen Großfirmen Schritt halten. Überdies steigen mit jeder Wahl die zur Verfügung stehenden — und damit benötigten — Geldsummen: Die diesjährigen Wahlausgaben für 33 Senatoren und 435 Abgeordnete werden auf 100 beziehungsweise 200 Millionen Dollar geschätzt.

Der Einsatz der Gewerkschaften und anderer fortschrittlicher Organisationen, vor allem freilich Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, verhalf den Demokraten zu einem Gewinn von 25 Abgeordneten im Kongreß und sieben Gouverneuren in den Einzelstaaten; dagegen behielten die Republikaner ihre Mehrheit von acht Sitzen im Senat. So hat zwar das Wahlergebnis nicht alle Hoffnungen befriedigt. Aber es hat die demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus erheblich verstärkt und dadurch in die Lage versetzt, die Reagan-Regierung zu größeren Kompromissen zu zwingen. Im Senat bleibt eine republikanische Mehrheit erhalten. Aber der im Wahlergebnis zum Ausdruck gekommene Stimmungsumschwung dürfte ihren Reagan kritisch gegenüberstehenden gemäßigten Flügel stärken. Die neue Stimmung dürfte sich bei der ersten großen sozialpolitischen Entscheidung des neuen Kongresses auswirken: In welcher Weise soll die Alters- und Hinterbliebenenrente vor der Erschöpfung ihres Reserve-Fonds gesichert werden? Die zweideutigen Worte, mit denen Ronald Reagan im Wahlkampf die Sorge der Rentenempfänger zu beschwichtigen suchte, waren keineswegs überzeugend.

Das Wahlergebnis hat die politische Position der Gewerkschaftsbewegung etwas gestärkt. Aber sie ist damit der Bewältigung ihrer langfristigen Probleme nicht enthoben. Die weitgehende Autonomie der Einzelgewerkschaften, unter denen sich trotz neuerlicher Zusammenschlüsse noch immer zahlreiche kleine Fachgewerkschaften befinden, begrenzt die Autorität der Föderation ebenso wie ihre finanziellen Mittel. So mußte die Zentrale, wie erwähnt, ihre Monatschrift einstellen, und ihre aktive Forschungsabteilung verfügt über kein Organ, in dem grundsätzliche Probleme behandelt werden könnten. Manche Einzelgewerkschaften, vor allem die UAW, sind ihr hier überlegen.

So finden langfristige Trends und Veränderungen nicht immer ausreichend Beachtung, obwohl sie die Gewerkschaften vor neue Probleme und Aufgaben stellen — etwa die Verschiebung weg von der Fabrikarbeit hin zu Organisation und öffentlicher Verwaltung; der allmähliche Aufstieg von Schwarzen und Frauen in qualifizierte Arbeitsstellen; die von den Massenmedien geförderte

Ausbreitung neuer Formen des Lebensstils, zum Teil einhergehend mit der Emanzipation der Frauen und mit dem erweiterten Zugang zur höheren Schulbildung. Auf der anderen Seite wächst eine Unterklasse von großenteils außerhalb des Arbeitsprozesses stehenden Jugendlichen und legalen oder illegalen Einwanderern aus der Dritten Welt. Und nicht zuletzt vollzieht sich rapide ein Internationalisierungsprozeß von Wirtschaft und Arbeitsmarkt mit der Dominanz der multinationalen Firmen in einem Umfang, der den instinktiven Rückgriff auf altgewohnten Protektionismus unwirksam macht — eine Entwicklung, die von den amerikanischen Gewerkschaften eine weit stärkere internationale Ausrichtung und Zusammenarbeit verlangt, als sie bisher - von wichtigen Ausnahmen abgesehen - zustandekam.

Darüber hinaus ist zweifellos auch in Amerika die Zeit gekommen, in der die chaotische, nur auf unmittelbaren Profit und Steuerschlupfwinkel ausgerichtete Investitionspolitik von einer auf Erhöhung der Produktivität und auf den Ausbau vielversprechender neuer Industrien zielende öffentliche Lenkung der Investitionen abgelöst wird, verbunden mit einer richtunggebenden Einkommenspolitik. Angesichts des Fiaskos der „Reaganomics“ dürfte auch im Unternehmerlager eine größere Bereitschaft zu Reformen entstanden sein, wie sie von verschiedenen Nationalökonomern vorgeschlagen werden. Für die Gewerkschaften hat Lane Kirkland schon vor einigen Jahren ihre Bereitschaft zur Mitarbeit unter Beweis gestellt; vielleicht wäre es nun an der Zeit, eine stärkere Initiative zu ergreifen.